

Reiche Gönner – armer Staat

In Deutschland werden jährlich 500 Milliarden Euro Geld- und Sachvermögen vererbt, zunehmend über Stiftungen

VON ANNEMARIE STRUSS-V. POELLNITZ

Bremen. Deutschland ist ein reiches Land. Das mag angesichts der aktuellen Debatten um Hartz IV manchmal aus dem Blick geraten. 500 Milliarden Euro an Geld- und Sachvermögen werden jährlich von einer Generation auf die nächste übertragen. Wenn dieser Transfer auf dem Weg einer Stiftung geschieht, profitiert auch die Gesellschaft davon – durch langfristige Ausschüttung von Erträgen für soziale oder kulturelle Zwecke. Dafür entgehen dem Staat allerdings bedeutende Einnahmen durch Erbschaftssteuern.

Bremen als Hansestadt hat historisch schon immer auf den Bürgersinn seiner Kaufleute gesetzt. Daran erinnert jetzt der Vorsitzende des Bankenverbandes Bremen, Thomas Schütze, auf einer Veranstaltung des Verbandes gemeinsam mit den Unternehmerverbänden im Lande Bremen und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. Schon 1545 wurde die Stiftung für das Haus Seefahrt gegründet, 1830 die Stiftung Gottesbuden. Beide bestehen noch heute. Die Gräfin-Emma-Stiftung hat den Bremer Bürgerpark möglich gemacht, auch der Bremer Kunstverein als Träger der Kunsthalle hat seit 2003 eine eigene Stiftung. In jüngerer Zeit entstand die Rhododendron-Park-Stiftung. Die Hansestadt Bremen hat in der Vergangenheit einzelne Vermögenswerte in Stiftungen eingebracht, etwa für die Bremer Heimstiftung und die Bürgerstiftungen in Bremen und Bremerhaven.

Prominente Stifter

Ludwig Roselius hat Ankauf und Umbau der Böttcherstraße gestiftet, Klaus Jacobs hat 2008 mit einer Spende von 200 Millionen Euro der Privatuniversität, die seitdem seinen Namen trägt, das Leben gerettet. Auch das geschah über eine Stiftung. Immer wieder stellen prominente Unternehmer wie Conrad Naber, Uwe Hollweg oder Bernd Hockemeyer über Stiftungen bedeutende Beträge für die Förderung von Kultur, Wissenschaft oder für soziale Zwecke zur Verfügung.

Im Bundesland Bremen gibt es zurzeit laut Schütze 303 Stiftungen. Den größten Teil bilden die 260 gemeinnützigen Stiftungen, gefolgt von 24 Familienstiftungen und 19 kirchlichen Stiftungen. Europa, und eben auch Bremen, brauche den Vergleich mit den USA nicht zu scheuen, sagte Schütze. „Doch in Deutschland wollen Stiftungen die staatliche Grundversorgung auf kulturellen, sozialen und anderen Gebieten nicht ersetzen.“

Das betonte auch Ingo Kramer, Präsident der Unternehmerverbände im Lande Bremen. Kramer ist auch Präsident des Arbeitgeberverbandes Nordmetall, der seit fünf Jahren eine eigene Stiftung unterhält, die von den 255 Mitgliedsunternehmen gespeist wird. Sie setzt sich vor allem für die



Warben für die Gründung von Stiftungen (von links): Thomas Schütze vom Bankenverband, Andreas Schlüter, Generalsekretär des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, und Nordmetall-Präsident Ingo Kramer. FOTO: FRANK THOMAS KOCH

Förderung von Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie für Kunst und Kultur und soziale Einrichtungen in Norddeutschland ein. So gibt es etwa an der Jacobs University ein eigenes Nordmetall College, auch das Musikfest Bremen und die Kunsthalle profitieren von den Ausschüttungen der Stiftung. Was Kramer aber zunehmend ärgert: „Der Staat zieht sich mit Hinweis auf Stiftungen zurück. Die Nordmetall-Stiftung will aber nicht Lückenbüßer des Staates sein, sondern dessen Aktivitäten unterstützen“, sagte Kramer.

Auf der einen Seite riesige Privatvermögen – auf der anderen Seite ein fast bankrotter Staat. Auf dieses Dilemma ging Andreas Schlüter, Generalsekretär des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, in seinem Vortrag ein. Von einem Viertel der Zinsen der 500 Milliarden Euro an Vermögenswerten, die in Deutschland jährlich an die nächste Generation weitergereicht würden, könnten die öffentlichen Haushalte saniert werden, sagte Schlüter und verwies auf die öffentliche Debatte, die jüngst die Milliardenpenden von Bill Gates und Warren Buffett und ihr Appell an den Bürgersinn der Reichen und Superreichen ausge-

löst haben. „Es geht um die Verantwortung von Unternehmern, es geht aber auch um Macht und Kontrolle von Stiftungen“, sagte Schlüter.

Immer wieder gebe es Kritik an einer einseitigen Beeinflussung gesellschaftlicher Interessen. Als Beispiele nannte er die Bertelsmann-Stiftung, die mit 77 Millionen Euro jährlich nach der Volkswagenstiftung (121 Millionen Euro) das zweitgrößte Füllhorn ausgießt und in dem Ruf steht, durch gezielte Förderung gesellschaftliche Prozesse in ihrem Sinn zu beeinflussen. In den USA war die Ford-Stiftung schwer in die Kritik geraten, weil sie den Wahlkampf von Richard Nixon förderte, einem ausgewiesenen Befürworter des Vietnamkriegs, von dem Ford durch Truppenverträge profitierte. Als nicht gänzlich uneigennützig sei auch die Aktion der Gates-Foundation eingestuft worden, öffentlichen Bibliotheken kostenlos mit Computern auszustatten – Microsoft inside.

Schlüter sparte auch den Umstand nicht aus, dass über geschickte Stiftungskonstruktionen nur noch Promillebeträge des eigentlichen Unternehmenswertes überhaupt besteuert werden. Dennoch warb er

dafür, es Unternehmern wie den Fuggern oder den SAP-Gründern Dietmar Hopp und Klaus Tschira nachzutun und Stiftungen zu gründen. „Steuerliche Aspekte stehen für private Stifter nicht im Vordergrund“, versicherte Schlüter. Auch der Wunsch, sich selbst ein Denkmal zu setzen, sei untergeordnet. Die Themen Soziales, Bildung und Erziehung hätten heute ökologische Projekte zurückgedrängt.

Unternehmer haben anderes im Sinn. Sie wollen, wie jüngst Porsche-Miteigentümer Ferdinand Piëch, ihr Lebenswerk sichern. Über sogenannte Unternehmensträgerstiftungen kann der Stifter die Unternehmensleitung in die Hände familienfremder Manager legen und trotzdem die Kontinuität der Firma und die Versorgung seiner Familie absichern. Solche Konstruktionen haben auch Bertelsmann oder Klaus-Michael Kühne gewählt.

Gegenwärtig gibt es in Deutschland 17372 Stiftungen. In diesem Jahr erlebte der Stifterverband laut Schlüter den bisher größten Zuwachs an neuen Vermögen. Und das sei nicht das Ende: „Stiftungen haben in Deutschland noch ein riesiges Potenzial.“

Irland rutscht tiefer in die Krise

Milliarden für marode Banken

VON ALEXEI MAKARTSEV

Dublin-London. „Anglo Irish: Du sollst in der Hölle schmoren“ steht auf dem selbst gemalten Plakat in den Händen einer Pensionärin. Das Bild aus Dublin zeigt die Angst und Wut der Iren vor einem neuen Wirtschaftstief, nachdem die Kosten für die Bankenrettung auf der „grünen Insel“ dramatisch gestiegen sind. Die unpopuläre Regierung von Premier Brian Cowen musste gestern einräumen, dass die Rettung der Krisenbank Anglo Irish fünf bis elf Milliarden Euro mehr kosten würde als geplant. Damit pumpt der Staat insgesamt bis zu 34 Milliarden Euro in die Sanierung des teilverstaatlichten Geldinstituts – so viel wie Irland in einem ganzen Jahr an Steuern einnimmt.

Mit einer weiteren notwendigen Finanzspritze von drei Milliarden Euro müsse die Regierung zusätzlich ihre Beteiligung an der zweitgrößten Bank des Landes – der Allied Irish Bank (AIB) – auf 90 Prozent ausbauen, erklärte Finanzminister Brian Lenihan gestern in Dublin. Durch die neuen Ausgaben soll das Haushaltsdefizit des früheren „keltischen Tigers“ auf 32 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) steigen. Es wäre das größte Finanzloch eines europäischen Staates seit dem Zweiten Weltkrieg.

„Natürlich sind das schreckliche Zahlen, aber man kann dieses Defizit binnen zehn Jahren bewältigen und das werden wir auch“, kommentierte Lenihan die irische Misere, die sich zeitweise in einem Wertverlust der AIB-Aktien von 26 Prozent niederschlug. Trotz der zusätzlichen Milliarden zur Stützung des maroden Bankensystems werde Irland 2010 vermutlich nicht den Euro-Rettungsschirm in Anspruch nehmen müssen, hieß es in Dublin und Brüssel. Dennoch machen sich die irischen Nachbarn zunehmend Sorgen.

Das irische BIP war im zweiten Quartal mit einem Minus von 1,2 Prozent fast so stark geschrumpft wie das griechische (1,5 Prozent). Eine Herabstufung des Kreditratings des kleinen Euro-Landes führte dazu, dass sich sein Schuldendienst verteuert hat, was wiederum den Druck auf den Krisen-Haushalt steigert. Nach Ansicht britischer Experten ist eine neue Rezession in Irland möglich. Der jüngste Abschwung hat bereits die Wirtschaftskraft des „Tigers“ um 14 Prozent schrumpfen lassen.

Es ist eine alarmierende Perspektive für die liberal-konservative Regierung in London, die ähnlich wie das Kabinett von Cowen mit einem rigorosen Sparprogramm das Königreich über die Schuldenfalle erlösen will. Premier David Cameron plant, das gegenwärtige Haushaltsdefizit von etwa zwölf Prozent bis 2016 fast vollständig zu beseitigen. Dazu hat sich Schatzkanzler George Osborne Kürzungen von umgerechnet 135 Milliarden Euro binnen fünf Jahren vorgenommen, die nicht nur den Analysten der „Times“ die „Tränen in die Augen treiben“.

Die Kritiker der ebenso radikalen wie umstrittenen Spar-Therapie befürchten, dass sie den Wiederaufschwung im Keim ersticken und eine neue Rezession provozieren wird. Sie sehen sich jetzt beim Blick über die Irische See bestätigt. „Irlands Sparkurs zeigt uns, wie man es nicht machen soll“, urteilt der Londoner „Guardian“. Tatsächlich geht Lenihans gewagtes Krisenprogramm noch viel weiter als das von Osborne: Der irische Finanzminister will bis 2014 das Defizit um ganze 29 Zähler auf drei Prozent des BIP drücken. Wie soll das gehen, fragen jetzt zahlreiche Skeptiker.

WestLB-Käufer per Annonce gesucht

Düsseldorfer-London (wk). Für die drittgrößte deutsche Landesbank WestLB wird jetzt per Annonce ein Käufer gesucht. Die Eigentümer starteten gestern formell den Verkaufsprozess, der wesentlicher Teil der EU-Auflagen ist. Die nordrhein-westfälische Landesbank muss bis Ende nächsten Jahres mehrheitlich den Besitzer wechseln. Sie gehört bislang dem Land Nordrhein-Westfalen und den NRW-Sparkassen. Parallel zum Verkaufsprozess laufen Gespräche über eine Landesbankfusion, die als Alternative möglich ist. Konkret wird ein Zusammenschluss von WestLB und BayernLB geprüft.

Interessenten könnten ihre Angebote bis zum 28. Oktober um 12 Uhr bei der von den Eigentümern beauftragten Investmentbank Morgan Stanley abgeben, heißt es in der Verkaufsanzeige, die in der „Financial Times“ veröffentlicht wurde. Eine Fusion mit einer anderen Landesbank sei nicht ausgeschlossen. Zudem sei auch ein Verkauf außerhalb des Verfahrens möglich, das von Morgan Stanley sowie Friedrich Merz koordiniert wird. Der Anwalt und CDU-Finanzexperte Merz ist Veräußerungsbeauftragter für die WestLB.

Mit dem WestLB-Verkaufsstart bekommen jetzt drei Jahre nach dem Bieterverfahren für die Landesbank Berlin erneut private Investoren die Chance, eine Zentralbank kommunaler Sparkassen in Deutschland zu erwerben. Allerdings haben die NRW-Sparkassen in den vergangenen Monaten offen gelassen, ob die WestLB bei einer mehrheitlichen Übernahme durch einen Privatinvestor ihre Zentralbank bleiben wird.

Streit USA/China verschärft sich

Washington-Peking (wk). Der Konflikt zwischen den USA und China um den starken chinesischen Yuan verschärft sich. Angesichts wachsenden Unmuts in der US-Bevölkerung über die schlechte Entwicklung der Wirtschaft machte das Repräsentantenhaus in Washington den Weg für Strafzölle gegen Peking frei. China reagierte erobert und erklärte, der Beschluss könne die Beziehungen der beiden Staaten „schwer beschädigen“. Die USA werfen China seit Langem vor, seine Währung unterzubewerten, um seine Exporte zu verbilligen. Ein schwacher Yuan bewirkt, dass chinesische Waren in den USA genauso wie in Europa günstig sind. Umgekehrt können sich Chinesen mit einer schwachen Währung nicht so viele Waren aus den USA und Europa leisten – was die Exporte dorthin verringert. Die USA weisen genauso wie etwa Deutschland ein Handelsbilanz-Defizit mit China auf, sie exportieren also weniger, als sie importieren.

Die US-Abgeordneten stimmten nun mit überwältigender Mehrheit für einen Gesetzentwurf, der das Handelsministerium zur Verhängung von Strafzöllen wegen Währungsmanipulationen bevollmächtigt. Bislang darf das Ministerium solche Maßnahmen nur wegen unstatthafter Exportsubventionen gegen Handelspartner erlassen. US-Präsident Barack Obama hatte kurz vor der Abstimmung gesagt, der Yuan sei unterbewertet und trage zu dem großen Handelsdefizit der USA mit China bei.

2100 Euro Bonus für Porsche-Mitarbeiter

Stuttgart (wk). Die Beschäftigten des Sportwagenbauers Porsche bekommen eine Sonderzahlung von 2100 Euro. Die hohe Flexibilität und Mobilität der Belegschaft habe wesentlich dazu beigetragen, Porsche in schwierigen Zeiten stabil zu halten, erklärten der scheidende Vorstandsvorsitzende der Porsche AG, Michael Macht, und Gesamtbetriebsratschef Uwe Hück gestern in Stuttgart. Im Vorjahr hatte der Bonus für die knapp 10000 Tarifbeschäftigten der Porsche AG wegen der Autokrise bei 1100 Euro gelegen.

Neue Einnahmequelle für Gemeinden

Investitionen in erneuerbare Energien bringen jährlich eine Wertschöpfung von 6,8 Milliarden Euro

VON JOACHIM GÖRES

Kassel. „Der dezentrale Ausbau erneuerbarer Energien bedeutet für viele Gemeinden die einzige Chance, neue Einnahmequellen zu erschließen. Wind, Biomasse und Co. haben 2009 rund 6,8 Milliarden Euro Wertschöpfung in den Kommunen generiert.“ Jörg Mayer, Geschäftsführer der vom Bundesumweltministerium geförderten Agentur für Erneuerbare Energien, bringt auf den Punkt, was die mehr als 700 Besucher des von seiner Agentur in Kassel veranstalteten zweitägigen Kongresses „100 Prozent Erneuerbare-Energie-Regionen“ umtreibt: Sie setzen nicht nur aus Umweltgründen auf den Ausbau von Windkraft, Photovoltaik und Biogasanlagen, sondern wollen damit gleichzeitig Geld verdienen. Geld für Energie, das in der eigenen Region bleibt und nicht mehr wie bisher in den Taschen von Ölscheichs, Gazprom oder Atomkonzernen landet.

„Bei uns im Kreis Steinfurt werden im Jahr insgesamt 1,2 Milliarden Euro für Energie ausgegeben. Durch die Förderung von erneuerbaren Energien bleiben zehn Prozent dieser Summe in der Region und dieser Anteil wächst kontinuierlich“, sagt Ulrich Ahlke, Leiter des Agenda-21-Büros in dem westfälischen Kreis. Das Geld kommt Windkraftanlagenbauern, Handwerkern und Landwirten in der Region zugute und letztlich auch den Kommunen durch höhere Gewerbesteuererlöse. Wichtiger als der Ausbau von Windkraft und Biomasse ist laut Ahlke die Einsparung – 80 Prozent weniger Energieverbrauch ist das Ziel. Dafür haben die Kommunen des Kreises Steinfurt einen Verein gegründet, der kostenlosen Hauseigentümer berät und bereits 4000 Häuser thermisch untersucht hat. Ahlke: „Eine Investition von 70000 Euro für die Sanierung sichert für ein Jahr eine Handwerkerstelle. In unserem Kreis haben wir einen Bedarf von 20000 Handwerkerjahren.“

Cort-Brün Voige, Bürgermeister der Samtgemeinde Rethem, berichtete in Kassel über seine Erfahrungen zum Thema „Erneuerbare Energien als Wirtschaftsfaktor einer Kommune“. Rethem gehört zusammen mit Dörverden, Kirchlinteln, Schwarm-

stedt, Ahlden, Wietze, Winsen/Aller und Hambühren zu den Gemeinden des Aller-Leine-Tals, die bereits heute 69 Prozent des verbrauchten Stroms selbst erzeugen – der Bundesschnitt liegt bei 16 Prozent. Ziel ist, sämtlichen benötigten Strom und Wärme in eigener Regie zu produzieren und überflüssige Energie zu exportieren. Derzeit wird das geothermische Potenzial der Region erforscht, ein Klimaschutzbeauftragter soll den Energieverbrauch in den öffentlichen Gebäuden kontrollieren, Bürger können ihre Heizkostenabrechnung kostenlos überprüfen lassen und eine Energiegenossenschaft zum Betrieb von Erneuerbare-Energie-Anlagen wurde gegründet, an der sich die Einwohner beteiligen können. „Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien wollen wir das Handwerk fördern und eine Einkommensalternative für Landwirte schaffen. So stärken wir den ländlichen Raum“, sagt Voige.

Das Beispiel Morbach

Die Samtgemeinde Morbach im Hunsrück ist besonders aktiv bei der Nutzung regenerativer Energien. Früher befand sich hier das größte Munitionslager der US-Luftstreitkräfte in Europa. 1995 übergaben die Amerikaner die 145 Hektar große Militärfäche an die Gemeinde. „Über alle Parteigrenzen hinweg waren wir uns einig, dass man diese Fläche für erneuerbare Energien verwenden sollte“, erinnert sich Bürgermeister Gregor Eibes. Die Juwi GmbH



Solarstrom-Anlage in der Gemeinde Kirchlinteln. FOTO: TORSTEN STEFFENS